

# Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Januar 2020

## Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

zwischen Weltwirtschaftsforum in Davos und der Münchner Sicherheitskonferenz kommen die Mitglieder des Deutschen Bundestages in dieser Woche wieder in Berlin zu einer Sitzungswoche zusammen. Selbstverständlich werden auch in Berlin die außenpolitischen Debatten fortgeführt.

Gerade nach dem begrüßenswerten Zwischenschritt im sogenannten Berliner Prozess – der Libyenkonferenz in Berlin – bei dem eine Waffenruhe zwischen libyscher Regierung und General Haftar sowie ein Waffenembargo gegen Libyen vereinbart wurde, muss es in den kommenden Wochen um die Überprüfung und Einhaltung der Vereinbarung gehen. Die Vereinten Nationen müssen nun den weiteren Weg aufzeigen. Deutschland bleibt aber diplomatisch in Libyen stark engagiert.

In den kommenden Wochen wird zudem vermehrt über die Lage in Mali und die Fortführung der EU- sowie UN-Mission gesprochen werden müssen. Die Situation in Mali und den angrenzenden Sahel-Ländern Burkina Faso und Niger verschlechtert sich zunehmend. Die Operationen müssen dringend hinsichtlich ihrer Effektivität überprüft und angepasst werden. Denn wie auch Libyen ist der Sahel die Haupttransitregion west-, zentral- und südafrikanischer Migration und aus diesem Grund die Kernregion zur Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen in Afrika. Wir müssen den Sahel nachhaltig stabilisieren. Dafür bedarf es alle notwendigen Ressourcen.

Auch der Nahe und Mittlere Osten bleiben ein heikles außenpolitisches Thema in der europäischen Nachbarschaft, was nicht zuletzt der Raketenangriff auf die US-Botschaft in Bagdad am Anfang dieser Woche gezeigt hat. Gerade in dieser heiklen Phase ist es von großer Bedeutung, dass die Bundeswehr ihre Mission zur Ausbildung der kurdischen Streitkräfte im Irak wieder aufgenommen hat. Nur durch Sicherheit kann der Irak langfristig stabilisiert werden – auch wirtschaftlich. Ich bin mir sicher, dass die Münchner Sicherheitskonferenz diese außenpolitischen Debatten vertiefen wird.



Innenpolitisch müssen wir unseren Weg fortsetzen, die Basis unseres Wohlstands in das neue Jahrzehnt zu tragen. Dazu gehört der Auf- und Ausbau moderner Infrastruktur (Straße, Schiene, Digitale Netze, Kita, sozialer Wohnungsbau, Öffentlicher Nahverkehr, Schwimmbäder), auch wenn dafür in Teilen Länder und Kommunen zuständig sind, Investitionen in Köpfe (Stichwort: Fachkräftezuwanderungsgesetz) sowie die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland. All das brauchen wir nicht erst 2029, sondern besser heute als morgen. Auch deshalb haben wir in dieser Woche ein weiteres Gesetz zur Planungsbeschleunigung und zur Verdopplung der Bundesmittel für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr beschlossen.

Europäisch wird am Ende der Woche der wohl größte Schock des vergangenen Jahrzehnts umgesetzt: das Vereinigte Königreich verlässt die EU. Ich habe diesen Schritt stets bedauert, aber nun geht es in den kommenden Monaten darum, die Beziehungen so eng wie möglich, aber unter Achtung der Einheit der vier europäischen Freiheiten, zu halten. Es wird ein neues Kapitel geschrieben werden – hoffentlich ein von Erfolg gekröntes.

Herzliche Grüße

Ihr

*Markus Koob*



# Blick auf die aktuellen politischen Themen

Libyen • Haushalt 2020 • Koalitionsausschuss • IAA • Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz • Regionalisierungsgesetz • Beschaffung • Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz • Zahlen & Fakten

## „Berliner Prozess“:

### Libyen-Konferenz

Auf Initiative Deutschlands fand am vergangenen Wochenende in Berlin die vielbeachtete Libyen-Konferenz, eingebettet im sogenannten Berliner Prozess, statt. Fünf Monate haben hinter den Kulissen die Vorbereitungen gedauert. Es war nicht einfach allen hochrangigen Kontrahenten eine Zusage abzurufen. Schließlich waren aber alle wichtigen Konfliktparteien mit dabei: u.a. UN, EU, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei, Russland, die USA und natürlich auch der libysche Premier Al-Saradsch sowie dessen Widersacher General Haftar.

Was passiert derzeit in Libyen? Nach dem Sturz von Muammar Al-Gaddafi 2011 zerfielen die staatlichen Strukturen Libyens zunehmend. Zwar gab es demokratische Wahlen, dennoch blieb die gewählte Regierung schwach, wie auch die staatlichen Strukturen insgesamt. Dieses Machtvakuum versuchte nun General Haftar zu nutzen, um sich an die Macht zu bringen. Dabei war er bislang sehr erfolgreich. Man geht davon aus, dass er mit Ausnahme eines Gebietes um die Hauptstadt nahezu alle Teile Libyens kontrolliert.

Was sind nun die auf der Konferenz im Abschlusskommuniqué konkret vereinbarten Erfolge? Erstens, einigte man sich darauf, das seit 2011 bestehende internationale Waffenembargo zu respektieren und keine militärische Unterstützung mehr bereitzustellen. Zweitens soll die bestehende Feuerpause zu einem Waffenstillstand ausgeweitet werden. Drittens sollen alle Parteien zu einem

politischen Prozess unter Führung der UN zurückzukehren.

Weder die Bundesregierung noch die am Berliner Prozess beteiligten Vertreterinnen und Vertreter machen sich irgendwelche Illusionen über die sofortige und vollumfängliche Umsetzung der Beschlüsse. Um es klar zu sagen: Es wird auch Rückschlüsse geben. Aber es stehen alle Teilnehmer in Verantwortung ihr Möglichstes zu tun, dass Libyen befriedet und stabilisiert wird. Nun wird es in den kommenden Wochen und Monaten um die Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarung gehen. ■

## Nachbetrachtung:

### Haushalt 2019

Erst kürzlich überraschte das Bundesfinanzministerium mit einem Jahreshaushaltsüberschuss 2019 von 13,5 Mrd. Euro. Ich möchte diesen gern kurz einordnen. Denn entgegen der Wahrnehmung durch einen solchen Überschuss, ist der Bundeshaushalt in den kommenden Jahren keinesfalls mehr auf Rosen gebettet. Ab diesem Jahr werden erstmals in der Geschichte die Steuereinnahmen der Länder höher sein, als die des Bundes. Zugleich übersteigen die Ausgaben der Länder, die des Bundes schon heute um 40 Mrd. Euro (2030: um 65 Mrd. Euro). Die Schere geht in den kommenden Jahren also noch weiter auseinander. Das liegt vor allem daran, dass der Bund in den vergangenen Jahren die Länder bei ureigenen Länderaufgaben in massiver Weise unterstützt hat und diese Unterstützung weiterführt:

- Neuer **Bund-Länder-Finanzausgleich ab 2020**  
2020: ca. 10 Mrd. Euro

- Übernahme der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** seit 2014: 2020: 7,7 Mrd. Euro
- Beteiligung des Bundes an den **Kosten der Unterkunft und Heizung** im SGB II (KdU): 2020: 7,0 Mrd. Euro (Erhöhung um 800 Mio. Euro im parl. Verfahren)
- Vollständige **Übernahme des BAföG** durch den Bund: jährlich rund 1 Mrd. Euro
- **Ungebundene Entlastung der Kommunen** über Umsatzsteuermittel und KdU/SGB II seit 2017: jährlich: 5 Mrd. Euro
- Beteiligung des Bundes an den **Integrationskosten für Flüchtlinge und Asylbewerber**: 2020: 3,4 Mrd. Euro
- Beteiligung am Ausbau der **Betriebskosten beim Kita-Ausbau** seit 2008: 2020: 845 Mio. Euro
- **Gute-Kita-Gesetz**: 5,5 Mrd. Euro von 2019 - 2022
- **ÖPNV**:
  - Regionalisierungsmittel 2020: 8,95 Mrd. Euro
  - Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Bundes- und Entflechtungsmittel 2020: 2 Mrd. Euro
- **Wissenschaftspakte, u. a. Hochschulpakt**: 2020: 2,2 Mrd. Euro
- **Sozialer Wohnungsbau**:
  - bis 2019: 1,5 Mrd. Euro,
  - ab 2020: Finanzhilfe 150 Mio. Euro bar, 850 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung
  - ab 2020: Umsatzsteuermittel von 518,2 Mio. Euro
- **Hochschulbau**
  - ab 2020: Umsatzsteuermittel von 695,3 Mio. Euro (Ersatz für Entflechtungsmittel)
- **Sondervermögen Kitausbau**: seit 2008: 4,4 Mrd. Euro
- **Kommunalinvestitionsförderungsfonds für finanzschwache Kommunen**:
  - seit 2015 Kapitel I: 3,5 Mrd. Euro
  - seit 2017 Kapitel II: 3,5 Mrd. Euro
- **Digitalpakt Schule**: ab 2020: 5 Mrd. Euro
- **Sondervermögen Ganztagsbetreuung an Grundschulen**: ab 2020: min. 2 Mrd. Euro

Selbstverständlich kann sich meine Fraktion bei dauerhaften finanziellen Spielräumen beispielsweise die Absenkung der EEG-Umlage zur Entlastung der Stromkunden, eine Unternehmenssteuersenkung, die vollständige Abschaffung des Soli, die Abflachung des Mittelstandsbauchs bei der Einkommensteuer oder einen weiteren Anstieg der Investitionen vorstellen, jedoch gehört zur realen Einschätzung, dass die Finanzplanung bis 2024 angespannt ist. Die Zeit der hohen Überschüsse geht 2020 zu Ende. Die Schwarze Null kann derzeit nur dank der hohen

Asyl-Rücklage und Globaler Minderausgaben erreicht werden. Zudem ist eine Vielzahl von geplanten Maßnahmen (Grundrente, Kalte Progression, Kohleausstieg) noch gar nicht in Gänze finanziert.

Der Bund hat den Ländern und Kommunen in den letzten Jahren finanzielle Entlastungen gewährt, die seinen eigenen Spielraum jetzt einschränken. Die Länder erwirtschaften hohe Überschüsse, die auch für die nächsten Jahre unverändert prognostiziert werden. Das sind zunächst gute Nachrichten für alle Bürgerinnen und Bürger, Länder und Kommunen, für den Bundeshaushalt jedoch bedeutet es finanzielle Zurückhaltung im Bundeshaushalt 2021. ■

### Koalitionsausschuss:

## „Wandel gestalten“

**G**leich drei große Themenkomplexe standen in dieser Woche auf der Agenda des Koalitionsausschusses: Landwirtschaft, Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Um die Klageerhebung im Zweitverfahren zur Düngeverordnung noch abzuwenden, nahm man die Bundesministerien für Landwirtschaft und Umwelt in die Pflicht, sich bis heute auf einen Entwurf zu verständigen. Ungeachtet der Diskussion um einzelne Messstellen erwartet die EU-Kommission von uns, dass wir die EG-Nitratrichtlinie und die Maßgaben aus dem EuGH-Urteil unverzüglich umsetzen. In unseren Nachbarländern ist dies über deutlich strengere Düngeregeln schon längst geschehen. Auch deshalb können wir keinesfalls mit einem weiteren Aufschub rechnen, sondern müssen die bisherigen Forderungen der EU-Kommission umsetzen und Lösungen für die jetzt geforderten Nachbesserungen finden, um eine Verurteilung im Zweitverfahren zu vermeiden. Um die Landwirte beim anstehenden Transformationsprozess aber teilweise zu unterstützen, werden innerhalb von vier Jahren insgesamt 1 Mrd. Euro für Agrarumweltprogramme und Investitionen zur Verfügung gestellt.

Im Bereich Arbeitsmarkt einigte man sich darauf, dass das bestehende Bündel an Programmen zur Förderung von Innovationen angepasst und verbessert werden und zudem eine mittelstands- und innovationsfreundlichere Ausgestaltung des Steuerrechts erfolgen soll. Außerdem werden Transformationsdialoge Automobilindustrie eingerichtet, die darauf hinwirken, Zukunftstechnologien auf marktwirtschaftlicher Basis in den regionalen Räumen zu verankern, um dort neue Perspektiven und Arbeitsplätze zu schaffen. Auch kam man überein am Qua-

lifizierungschancengesetz weitere Änderungen vorzunehmen sowie das Kurzarbeitergeld unter konkreten Bedingungen auszuweiten.

Nachdem sich die Investitionen im derzeitigen Haushaltsjahr auf einem Rekordniveau befinden, sollen die Koalitionsspitzen bis zur nächsten Koalitionsrunde Vorschläge erarbeiten, wo neue Investitionsbedarfe existieren und für welche weitere Maßnahmen der Planungsbeschleunigung ergriffen werden müssen. Darüber hinaus soll dazu beraten werden, wie Personengesellschaften optional so besteuert werden können wie Kapitalgesellschaften. ■

### Neuausrichtung:

## IAA verlässt Frankfurt

Eine traurige Nachricht wurde in dieser Woche bekannt: die Internationale Automobilausstellung (IAA) wird künftig nicht mehr in Frankfurt stattfinden. Als hessischer Bundestagsabgeordneter bedauere ich diese Entscheidung sehr, die Entscheidung ist ein Schlag für die Rhein-Main-Region. Maßgebliche Mitverantwortung daran, dass andere Städte für die künftige Ausrichtung attraktiver erscheinen, trägt der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann. Wer im Wettbewerb mit anderen Messestädten nicht die Interessen der eigenen Stadt vertritt, nur halbherzig für den Verbleib der prestigeträchtigen Messe kämpft und die beleidigte Leberwurst spielt, weil er bei der letzten Messe keine Rede halten durfte, ist fehl im Amt des Oberbürgermeisters. ■

### 2./3. Beratung:

## Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

In zweiter und dritter Lesung haben wir die Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes beschlossen, mit dem der Bund den Bau und den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs fördert. Dazu werden in den Jahren 2020 und 2021 zusammen eine Milliarde Euro gegenüber 2019 mehr bereitgestellt. Ab 2021 steigen die Investitionsmittel auf eine Milliarde Euro jährlich, für 2025 ist eine Erhöhung auf zwei Milliarden Euro mit anschließender Dynamisierung um jährlich 1,8 Prozent vorgesehen. Um kurz- und mittelfristige Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, werden neue Fördervorhaben aufgenommen. ■

### 2./3. Beratung:

## Änderung des Regionalisierungsgesetzes

In zweiter und dritter Lesung haben wir die Reform des Regionalisierungsgesetzes verabschiedet. Auf Grundlage dieses Gesetzes erhalten die Länder einen Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes, der insbesondere zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zu verwenden ist. Mit der Reform werden diese finanziellen Mittel in den Jahren 2020 bis 2023 erhöht und anschließend dynamisiert. Insgesamt erhöhen sich die Regionalisierungsmittel mit dem Gesetzentwurf über die Jahre 2020 bis 2031 addiert um ca. 5,2 Milliarden Euro. ■

### 2./3. Beratung:

## Beschleunigte Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung haben wir die Änderungen in zwei vergaberechtlichen Regelungsbereichen beschlossen: zum einen im Vergaberecht für Beschaffungen im Bereich Verteidigung und Sicherheit und zum anderen im Bereich der Vergabestatistik. Ziel ist es, Vergabeprozesse zu optimieren und zu beschleunigen. Die Anpassungen im Vergaberecht haben Auswirkung auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie mehrere darauf beruhende Rechtsverordnungen. ■

### 2./3. Beratung:

## Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz

Außerdem haben wir das sogenannte Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich in dieser Woche abschließend beraten. Dieses Gesetz folgt den Beschlüssen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Der Gesetzentwurf benennt zwölf Projekte aus den Bereichen Schiene und Wasserstraße, die jeweils für eine Zulassung durch Maßnahmengesetz in Frage kommen. Darüber hinaus trifft er Festlegungen hinsichtlich Zuständigkeiten und Verfahren, die insbesondere die Bürgerbeteiligung und die Umweltprüfung betreffen. ■

### Zahlen & Fakten I:

**28.01.1945**

**A**m 28.01.1945, vor 75 Jahren, wurden die Überlebenden des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die sowjetische Armee befreit. Die Erinnerung an das unfassbare Leid und die systematische Ermordung vieler Millionen Menschen beschämt und erschüttert uns auch 75 Jahre danach noch zutiefst.

Konrad Adenauer und seine Mitstreiter waren sich bei der Gründung von CDU und CSU nach 1945 einig, dass die Würde jedes einzelnen Menschen nie wieder in dieser Weise verletzt werden darf. Diese Grundüberzeugung begleitete von Anfang an auch die Aussöhnung mit Israel. Daher ist es für uns eine wichtige Geste der Versöhnung und Auftrag zugleich, dass der israelische Präsident Reuven Rivlin zum Gedenken an den 27. Januar 1945 im Bundestag gesprochen hat.

Als Union stehen wir für ein entschlossenes Handeln gegen jede Form des Antisemitismus – ob von links, von rechts, ob von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund. Es ist unsere Pflicht und Verantwortung - heute mehr denn je - jüdisches Leben in Deutschland zu ermöglichen und zu schützen – für immer. ■

### Zahlen & Fakten II:

## **Deutschlands Innovationskraft führend**

**Z**u Beginn des Jahres wurde Deutschland durch den Bloomberg Innovation Index zum innovativsten Land der Erde gekürt. Südkorea, das seit sechs Jahren ununterbrochen diesen Index anführte, kam „nur“ noch auf Platz zwei.

In den Kriterien Wertschöpfung in der Fertigung, High-Tech-Dichte und Patentaktivität liegt Deutschland unter den ersten fünf Nationen. Weitere Kategorien, die in die Bewertung eingeflossen sind, sind die Konzentration des Forschungspersonals, die Hochschulbildung, die Produktivität sowie die Forschungs- und Entwicklungsausgaben.

Starke Wettbewerber wie Japan (-3), die USA (-3) oder China (+1) rangieren auf den Plätzen zwölf, neun und 15. Die Plätze drei bis acht belegten Singapur, die Schweiz, Schweden, Israel, Finnland und Dänemark. Unter den Top 20 befinden sich 11 EU-Staaten. (Quelle: [www.bloomberg.com](http://www.bloomberg.com)) ■

### Zahlen & Fakten III:

## **„SuperMUC-NG“ ist schnellster Supercomputer Deutschlands**

**I**m Leibniz-Rechenzentrum in Garching bei München steht der schnellste Supercomputer Deutschlands. In der kürzlich aktualisierten Liste der 500 schnellsten Rechner der Welt, reiht sich der 2018 in Betrieb genommene, sogenannte „SUPERMUC-NG“ auf Platz neun ein. Die Rechenleistung des Supercomputers wird unter anderem für komplexe Berechnungen astrophysikalischer Modelle, Simulationen in der Hochenergiephysik oder auch der Medizin genutzt.

Auch hinsichtlich der Zukunftstechnologie des Quantencomputing wurden 2019 forschungspolitische Weichen gestellt. Die Bundesregierung wird bis zum Ende der Legislaturperiode 650 Millionen Euro in die Forschung und Entwicklung von Quantentechnologie investieren. Hiervon profitieren wird auch eine gemeinsame Initiative der Fraunhofer-Gesellschaft und IBM, die angekündigt haben, gemeinsam einen Quantencomputer zu bauen. Der erste europäische Quantencomputer wird somit in Deutschland stehen. (Quellen: *BMBF; Fraunhofer; top500.org*) ■

### Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549  
[markus.koob@bundestag.de](mailto:markus.koob@bundestag.de)  
[www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de)



Oben: Am Mittwoch hatte ich die Gelegenheit mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Stabs-offizierslehrgangs zum Thema Indien zu diskutieren

Unten: Am Mittwochnachmittag traf sich die Projektgruppe Afrika-Partnerschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Bundespräsident a.D. Horst Köhler. In dem gemeinsamen Gespräch berichtete er von seinen zahlreichen Afrika-Erfahrungen und beleuchtete die Chancen und Herausforderungen einer engen europäisch-afrikanischen Partnerschaft.

